



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

24.11.2025

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 12.11.2025, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian Gauf

Beigeordnete Christina Rauch

Ratsmitglieder

Moritz Bächle

Theresa Baumann

anwesend ab 17:47 Uhr, TOP II/3

Herbert Beckmann

Pascal Dahler

abwesend ab 19:50 Uhr, TOP I/17

Rebecca Dahler

abwesend ab 18:54 Uhr, TOP I/7

Marcel de Gruisbourne

Falk Dettweiler

Verena Ecker

Thomas Eckerlein

Klaus Fuhrmann

Thorsten Gries

anwesend ab 17:18 Uhr, TOP II/3

Heinrich Grim

Christian Hofer

Aaron Halaus

Dr. Julia Igel

Cornelia Keuchel

Jonas Keuchel

Thomas Körner

Patrick Lang

Elisabeth Metzger

Stéphane Moulin

anwesend ab 17:57 Uhr, TOP II/3

Simon Nikolaus

Anne Oberle

Dr. Norbert Pohlmann

Walter Rimbrecht

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Achim Ruf	
Gertrud Schiller	
Frank Schmid	abwesend ab 19:22 Uhr, TOP I/16
Aaron Schmidt	
Klaus Peter Schmidt	
Sara-Kim Schneider	anwesend ab 18:01 Uhr, TOP II/3
Dr. Ulrich Schüler	
Pervin Taze	anwesend ab 17:57 Uhr, TOP II/3
Erika Watson	
Julian Wilhelm	

Protokollführung

Christine Brunner
Cristina Schatz

von der Verwaltung

Miraha Alexander
Annette Borne
Dr. Annegret Bucher
Benedikt Burkey
Benedikt Eckert
Jörg Eschmann
Martin Gries
Nicole Hartfelder
Thomas Hoyer
Jens John
Jörg Klein
Anne Kraft
Johannes Kuhn
Steffen Mannschatz
Christian Michels
Holger Seib
Frank Theisinger
Monika Urbatsch

Gäste

Ulf Krüger	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
Petra Stricker	City-Management

Abwesend:

Ratsmitglieder

Kurt Dettweiler
Rolf Franzen
Dr. Christoph Gensch
Jannik Telöken

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Tagesordnung

- 1 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Tätigkeitsbericht City-Management;
Bericht erfolgt in der Sitzung
- 4 Ansiedlungsförderung Innenstadt
Vorlage: 10/3668/2025
- 5 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
über 50.000 Euro
Vorlage: 20/3665/2025
- 6 Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters,
des Bürgermeisters und der Beigeordneten
Vorlage: 14/3625/2025
- 7 Förderantrag „Kommunales Integrationsmanagement Rheinland-Pfalz (KIM)“
sowie Schaffung einer 0,5 Stelle als Integrationsmanagerin/Integrationsmanager
Vorlage: 50/3667/2025
- 8 Kinderspielplätze - Neugestaltung "Spielplatz Im Hanfgarten", Zweibrücken-
Mörsbach; Vergabe der Landschaftsbauarbeiten
Auftragserhöhung Fa. Michael Meier, Garten- und Landschaftsbau
Vorlage: 51/3660/2025
- 9 Sanierung der Turnhalle Mannlich-Realschule plus in Zweibrücken;
Auftragserweiterung Belagsarbeiten Außensportplatz
Vorlage: 60/3662/2025
- 10 Auftragserhöhung zum Auftrag: Installation einer neuen Schließanlage in den
Feuerwehrhäusern
Vorlage: 60/3658/2025
- 11 Umbau und Erweiterung der Feuerwache sowie Neubau einer Werkhalle;
Auftragserweiterung von Dacharbeiten
Vorlage: 60/3661/2025
- 12 Umbau und Erweiterung der Feuerwache; Auftragserweiterung von Trockenbau-
und Deckenarbeiten
Vorlage: 60/3663/2025
- 13 Beschaffung eines Abrollbehälters Atemschutz für die Freiwillige Feuerwehr
Vorlage: 10/3651/2025
- 14 Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/3657/2025

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

- 15** Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3642/2025
- 16** Einführung der Bezahlkarte auf Grundlage des AsylbLG; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: 10/3599/2025/3
- 17** Einführung von Schulgesundheitsfachkräften an Zweibrücker Schulen; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 10/3656/2025
- 18** Anfragen von Ratsmitgliedern
- 19** ggf. Fortsetzung der Haushaltsberatungen vom 11.11.2025

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Der Vorsitzende eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung und stellt fest, dass die Unterlagen fristgerecht zugesandt wurden und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Er fragt, ob es hierzu Anmerkungen gibt, was jedoch verneint wird.

Ratsmitglied Dahler, CDU, bringt einen Antrag seiner Fraktion ein, der sich auf Punkt 4 „Ansiedlungsförderung Innenstadt“ des öffentlichen Teils bezieht. Er erklärt, dass seine Fraktion grundsätzlich mit dem Thema einverstanden sei, jedoch vorschläge, die Angelegenheit zunächst im Haupt- und Personalausschuss in 14 Tagen vorzubereiten, bevor eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werde. Dies würde aus Sicht seiner Fraktion einen besseren Ablauf gewährleisten. Er beantragt daher, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und in den Haupt- und Personalausschuss zu verweisen.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag auf und fragt, ob es Einwände gegen diese Vorgehensweise gebe. Er merkt an, dass die Tagesordnung ohnehin sehr umfangreich sei.

Ratsmitglied Dahler, CDU, ergänzt, dass er zur besseren Vorbereitung die Fragen seiner Fraktion spätestens am folge Tag einreichen werde. Der Vorsitzende begrüßt dies und betont, dass es hilfreich wäre, wenn auch die anderen Fraktionen entsprechend verfahren würden.

Es spricht sich niemand gegen die Vertagung des Tagesordnungspunktes 4 aus.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 1: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Der Vorsitzende weist im öffentlichen Teil daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt 4 „Ansiedlungsförderung Innenstadt“ aufgrund eines Antrags der CDU-Fraktion in den nächsten Haupt- und Personalausschuss vertagt wird. Zusätzlich wurde der Tagesordnungspunkt 19 „Fortsetzung der Haushaltsberatungen“ aufgrund fehlenden Bedarfs abgesetzt.

Er teilt mit, dass im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung Beschlüsse gefasst wurden. Er führt aus, dass eine unbefristete Einstellung vorgenommen worden sei. Zudem sei eine Ernennung durchgeführt worden.

Punkt 2: **Einwohnerfragestunde** **(öffentlich)**

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Rahmen des Tagesordnungspunktes 2, zwei Einwohnerfragen vorliegen, die von Herrn Alt und Herrn Althoff persönlich vorgetragen werden wollen.

Er erteilt zunächst Herrn Alt das Wort.

Herr Alt erklärt, dass seine Frage die zukünftige Windenergieproduktion in Zweibrücken betreffe. Er verweist darauf, dass vor zehn Jahren etwa 3,8 % der Stadtfläche als Potenzialflächen für Windenergie ausgewiesen worden seien, diese Fläche jedoch in der aktuellen Raumordnungsplanung auf etwa 0,5 % geschrumpft sei. Er fragt, welche Maßnahmen die Stadt im Hinblick auf die Erreichung der Klimaneutralität plane und schlägt vor, eine Studie durchzuführen, um die verbleibenden Flächen optimal für Wind- und Solarenergie sowie Energiespeicher zu nutzen. Zudem regt Herr Alt an, dass die Stadtwerke Zweibrücken solche Projekte eigenständig realisieren sollten, anstatt die Flächen privaten Investoren zu überlassen, deren Anlagen oft nicht optimiert seien und aufgrund von Netzüberlastungen abgeschaltet würden.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Verwaltung, die Stadtwerke und der Umwelt- und Servicebetrieb (UBZ) derzeit an entsprechenden Planungen arbeiten. Im Bereich der Photovoltaik sei die Errichtung einer Großflächenanlage auf der Deponie des Abfallwirtschaftszentrums Rechenbach geplant. Hinsichtlich der Windenergie sei das Ziel, die ausgewiesenen Flächen durch die Stadtwerke selbst zu bewirtschaften. Die endgültige Festlegung der Flächen sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Erste Gespräche mit den Stadtwerken und betreuenden Unternehmen hätten bereits stattgefunden, und es würden Pläne entwickelt, um die notwendigen Einspeisepunkte und -trassen zu schaffen. Der Vorsitzende betont, dass die Stadt die Projekte selbst betreiben wolle, um die Steuerungsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Vorteile zu nutzen. Der Stadtrat habe sich bislang noch nicht mit einer koordinierten Planung befasst, da die entsprechenden Festlegungen noch ausstünden. Herr Alt bedankt sich für die Antwort.

Anschließend erteilt der Vorsitzende Herrn Althoff das Wort, der seine Frage ebenfalls persönlich vorträgt. Herr Althoff äußert seine Besorgnis über die aktuelle mediale Berichterstattung, die seiner Meinung nach Kriegsvorbereitungen als unverzichtbar darstelle. Er kritisiert, dass in der Diskussion wenig über den Bevölkerungsschutz gesprochen werde, und fragt, welche baulichen oder organisatorischen Maßnahmen der Stadtrat zur Evakuierung oder zum Schutz der Zweibrücker Bevölkerung im Kriegsfall kenne und plane.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Stadtrat vom Bundesverteidigungsministerium nichtöffentlich über den Grundszenarien-Operationsplan und die Betroffenheit der Stadt Zweibrücken informiert worden sei. Auch im Bereich des Zivilschutzes und der Zivilverteidigung habe es keine öffentlichen Informationen gegeben. Die Verwaltung überarbeite derzeit die Alarmierungspläne und bilde kontinuierlich Personal für verschiedene Szenarien weiter. Der Schwerpunkt liege jedoch nicht nur auf Verteidigung, sondern auch auf der Bewältigung langanhaltender Katastrophen. Ein Schutzraumkonzept werde vom Bund vorgelegt, wobei unklar sei, ob dieses öffentlich zugänglich sein werde.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Der Vorsitzende ergänzt, dass das klassische Schutzraumkonzept aus dem Zweiten Weltkrieg voraussichtlich nicht mehr zur Anwendung kommen werde.

Herr Althoff äußert Unzufriedenheit mit der Antwort und stellt eine Nachfrage. Er verweist auf die Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz, Paragraph 16c, und fragt, ob Kinder und Jugendliche im Rahmen von Bevölkerungsschutzmaßnahmen in die Planung und Besprechung einbezogen würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Frage nicht Bestandteil der ursprünglichen Anfrage sei, beantwortet sie jedoch kurz mit „Ja“.

Verteiler:

Ordner Einwohnerfragestunde

Punkt 3: **Tätigkeitsbericht City-Management;** **(öffentlich)** **Bericht erfolgt in der Sitzung**

Der Vorsitzende leitet den Tagesordnungspunkt „Tätigkeitsbericht City Management“ ein und übergibt das Wort an Frau Stricker vom City-Management.

Frau Stricker beginnt ihren Bericht mit einem Dank für die zehnjährige Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren, darunter die städtischen Töchter, das Stadtmarketing, die Wirtschaftsförderung sowie zahlreiche Vereine und Organisationen. Sie erläutert, dass sie seit Juli 2015 im Amt ist und als Schnittstelle zum Zweibrücken Fashion Outlet fungiere, insbesondere im Bereich der Marketingmaßnahmen. Ein zentraler Aspekt ihrer Arbeit sei die Zusammenarbeit mit der Händlergemeinschaft, die sie 2016 unter dem Namen „Gemeinsam Handel Zweibrücken e.V.“ zusammengeführt habe. Sie hebt hervor, dass die Stadt Zweibrücken eine der ersten Städte war, die gemeinsam mit Pirmasens am Projekt „Heimat shoppen“ der IHK teilgenommen habe.

Frau Stricker beschreibt ihre Aufgaben, die unter anderem die Entwicklung von Projektideen, den Ausbau von Netzwerken, die Bildung von Projektteams sowie die Jahresplanung für den Stadt- und Marketingplan umfassen. Sie erläutert, dass die Planung der vier verkaufsoffenen Sonntage in enger Abstimmung mit dem Ordnungsamt und anderen Städten erfolge, um Terminüberschneidungen zu vermeiden. Sie hebt hervor, dass Zweibrücken im Vergleich zu anderen Städten mit nur ein oder zwei verkaufsoffenen Sonntagen eine Ausnahme darstelle. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit sei die Organisation von Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit Vereinen, Organisationen und Projektpartnern durchgeführt würden. Sie nennt Beispiele wie den Kindertag, „Zweibrücken gesund“ und „Zweibrücken kunstvoll“, die sich als wiederkehrende Maßnahmen etabliert hätten. Sie betont, dass die Corona-Pandemie ihre Arbeit stark geprägt habe, da in dieser Zeit kontaktlose Formate wie die Karikaturen-Ausstellung, die Kids-Galerie und die Stadtgalerie entwickelt wurden. Besonders erfolgreich sei die Social-Media-Kampagne „Wir sind Zweibrücken“ gewesen, die über 100 Geschäfte vorgestellt habe.

Frau Stricker berichtet weiter über die regelmäßigen Aktionen des Stadtmarketings, wie das Marktfrühstück, den Kindertag, den Saarländertag, das Oldtimertreffen, Halloween-Veranstaltungen und das Nikolaustreffen. Sie hebt hervor, dass diese Veranstaltungen durch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen sowie durch die Unterstützung der Händlergemeinschaft ermöglicht würden. Sie erwähnt zudem die Einführung von gebrandeten Regiestühlen und Liegestühlen in der Innenstadt, die bei den Händlern auf positive Resonanz gestoßen seien. Der Vorsitzende merkt an, dass einige der Stühle bereits gestohlen worden seien, was Frau Stricker bestätigt.

Frau Stricker führt aus, dass der Saarländertag durch die Integration von Projektpartnern wie „Sky's The Limit“ und dem protestantischen Dekanat zu einer dreitägigen Veranstaltung ausgebaut worden sei. Sie hebt die Bedeutung der Zweibrücker Rosenkönigin hervor, die bei verschiedenen Veranstaltungen rote Rosen verteile, und betont, dass die durchgeführten Veranstaltungen unterschiedliche Zielgruppen ansprechen sollen.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Frau Stricker erläutert, dass der Marketingplan für 2026 bereits grob aufgestellt sei. Geplant seien vier verkaufsoffene Sonntage, einer davon erstmal in Verbindung mit einem kulinarischem Weinfestival.

Die Ziele des Stadtmarketings seien die Stärkung und Belebung der Innenstadt, die Steigerung der Standortqualität, die Förderung des gemeinsamen Handelns und die Positionierung der Stadt als Einkaufsstadt. Sie betont, dass sie in einem Netzwerk von City-Managern und Stadtmarketing-Experten aktiv sei, um Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen.

Frau Stricker berichtet abschließend über die Erfolge ihrer Arbeit, darunter die Auszeichnung der Stiftung „Lebendige Stadt“ für kontaktlose Formate während der Corona-Pandemie sowie den dritten Platz beim Preis „Innenstädte der Zukunft“ der Landesregierung. Sie lädt die Anwesenden zur Weihnachtsbaumaktion am 30. November ein, bei der 100 Bäume in der Innenstadt aufgestellt werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Stricker für ihren umfassenden Bericht und hebt die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtmarketing hervor. Er lobt insbesondere die Veranstaltung „Zweibrücken gesund“ und die Unterstützung durch Frau Baumann vom Schulverwaltungs- und Sportamt bei der Koordination der Sportvereine.

Ratsmitglied Dahler, CDU, äußert Bedenken hinsichtlich des Termins für „Zweibrücken gesund“ im nächsten Jahr, da dieser auf den 22. März und somit auf einen Wahltag falle.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei Frau Stricker für den Vortrag der von den Mitgliedern des Stadtrates zur Kenntnis genommen wurde.

Verteiler:
10.8-WiFö

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 4: **Ansiedlungsförderung Innenstadt**
(öffentlich) **Vorlage: 10/3668/2025**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf den nächsten Haupt- und Personalausschuss verlagert.

Verteiler:
10-Witt
10.8-WiFö

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 5: **(öffentlich)**

**Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen
Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro
Vorlage: 20/3665/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 6: **(öffentlich)**

Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten Vorlage: 14/3625/2025

Den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt führt Ratsmitglied Schiller als ältestes Ratsmitglied, da es um die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten geht.

Zur weiteren Erläuterung übergibt sie das Wort an Ratsmitglied Moulin, SPD, den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses.

Ratsmitglied Moulin, SPD, bedankt sich zunächst bei den Mitgliedern des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit sowie bei allen Beteiligten, die an der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses mitgewirkt hätten. Er führt aus, dass die Erstellung des Jahresabschlusses zwar etwas verspätet erfolgt sei, die Prüfung jedoch im Zeitplan und innerhalb der gesetzlichen Vorgaben abgeschlossen worden sei. Dies habe zu einem reibungslosen Ablauf geführt. Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes sei intensiv diskutiert worden, und der Ausschuss habe eigene Prüfungshandlungen vorgenommen.

Ratsmitglied Moulin, SPD, erklärt, dass der Ausschuss übereinstimmend empfehle, die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Entlastung des Stadtvorstandes zu beschließen. Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2024 belaufe sich auf rund 3,9 Millionen Euro. Er merkt an, dass dieser Betrag im Vergleich zu den prognostizierten Zahlen für die Jahre 2025 und 2026 gering erscheine, jedoch dennoch ein Fehlbetrag sei. Abschließend verweist er erneut auf die vorliegende Vorlage und bittet im Namen des Rechnungsprüfungsausschusses um Zustimmung.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

Beschlüsse:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Stadtrat stellt auf der Grundlage der als Anlagen beigefügten Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechnungsprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2024 der Stadt Zweibrücken gemäß § 114 Abs. 1 Satz 1 GemO mit einer

Bilanzsumme von	431.853.546,53 €	und einem
Jahresfehlbetrag von	-3.897.116,27 €	fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder und die Vorsitzende teil.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

2. Dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und der Beigeordneten wird gemäß § 114 Abs.1 Satz 2 GemO durch den Stadtrat für das Haushaltsjahr 2024 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder und die Vorsitzende teil.

Verteiler:

14

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 7: **(öffentlich)**

Förderantrag „Kommunales Integrationsmanagement Rheinland-Pfalz (KIM)“ sowie Schaffung einer 0,5 Stelle als Integrationsmanagerin/Integrationsmanager Vorlage: 50/3667/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an den Sozialdezernenten Herrn Gauf.

Sozialdezernent Gauf erläutert, dass es sich um ein neues Förderprogramm handelt, das unter dem Namen „Kommunales Integrationsmanagement Rheinland-Pfalz“ bekannt ist. Er führt aus, dass die Verwaltung beabsichtige, sich für dieses Programm zu bewerben, um das Team der Sozialarbeit im Amt für Sozialleistungen zu verstärken. Dabei bestehe die Möglichkeit, eine halbe Stelle, die derzeit von Herrn Grzesiak besetzt werde, über dieses Programm zu finanzieren. Zusätzlich könne eine weitere halbe Stelle geschaffen werden.

Er weist darauf hin, dass ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 60.000 Euro sowie mögliche Sachkosten im Rahmen des Programms zur Verfügung stünden. Er informiert, dass eine entsprechende Bewerbung ausgearbeitet worden sei, einschließlich einer Konzeption und der Antragstellung, die den Anwesenden vorliege. Abschließend bietet er den Anwesenden die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Ratsmitglied Dahler, CDU, äußert keine Fragen, spricht jedoch eine Empfehlung aus. Er hebt hervor, dass Herr Grzesiak ein sehr kompetenter Mitarbeiter in diesem Bereich sei und schlägt vor, ihn in das Auswahlgremium für die neu zu besetzende Stelle aufzunehmen. Dies solle sicherstellen, dass eine gute Zusammenarbeit in der Zukunft gewährleistet werde.

Sozialdezernent Gauf bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass es zwar unüblich sei, einen Kollegen in ein solches Gremium aufzunehmen, er den Vorschlag jedoch zur Kenntnis nehme. Er zeigt sich erfreut darüber, dass die Arbeit von Herrn Grzesiak positiv wahrgenommen werde.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung,

- im Programm „Kommunales Integrationsmanagement Rheinland-Pfalz (KIM)“ des Landes Rheinland-Pfalz den Förderantrag für die Stadt Zweibrücken in Höhe von 60.000 € zu stellen,
- im Stellenplan eine 0,5 VZÄ-Stelle Integrationsmanagerin/Integrationsmanager (Teilzeit) zur strategischen Koordination und Steuerung der Integrationsarbeit aufzunehmen,
- nach Erhalt der Förderzusage die Stelle befristet bis 31.12.2027 zu besetzen,
- Sachkostenmittel anlassbezogen zu beantragen

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil.

Verteiler:

50

Punkt 8:
(öffentlich)

**Kinderspielplätze - Neugestaltung "Spielplatz Im Hanfgarten",
Zweibrücken-Mörsbach; Vergabe der Landschaftsbauarbeiten
Auftragserhöhung Fa. Michael Meier, Garten- und
Landschaftsbau
Vorlage: 51/3660/2025**

Der Vorsitzende leitet die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 8 ein, der die Neugestaltung des Kinderspielplatzes im Hanfgarten Zweibrücken-Mörsbach, sowie die Auftragserhöhung für die Firma Michael Meier Garten- und Landschaftsbau betrifft. Er verweist darauf, dass die Begründung für die Erhöhung der Vergabesumme vorliegt, und fragt, ob es dazu Fragen gibt.

Ratsmitglied Ruf, GRÜNE, äußert seine Verwunderung über die Erhöhung der Vergabesumme um 23.000 Euro. Er gibt an, bereits bei der Eröffnung gefragt zu haben, ob ein Nachtrag zu erwarten sei, und erinnert daran, dass damals gesagt wurde, es könne dazu kommen, jedoch nicht in großem Umfang. Er kritisiert, dass die in der Begründung aufgeführten Punkte seiner Meinung nach vorher hätten geklärt werden können.

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Hoyer vom UBZ weiter.

Herr Hoyer erläutert, dass die Mehrkosten auf verschiedene Faktoren zurückzuführen seien. Er führt aus, dass es sich bei einigen Positionen um typische Regiearbeiten handle, die nicht im Voraus genau beschrieben werden könnten. Zudem hätten die schlechten Bodenverhältnisse in Mörsbach sowie die starken Regenfälle im November und Dezember 2024 zu zusätzlichen Problemen geführt. Diese hätten unter anderem die Verbesserung der Zuwegungen zur Baustelle erforderlich gemacht. Darüber hinaus sei zusätzlicher Handlungsbedarf in Bereichen des bestehenden Geländes aufgetreten, die ursprünglich nicht in die Maßnahme einbezogen werden sollten.

Herr Hoyer betont, dass es zweckmäßig gewesen sei, diese Arbeiten im Rahmen der laufenden Maßnahmen durchzuführen, da eine spätere Durchführung ineffizienter gewesen wäre. Er gibt an, dass die ungefähre Höhe der Mehrkosten bereits bekannt gewesen sei.

Ratsmitglied Rimbrecht, SPD, fragt nach den in der Drucksache erwähnten Schäden durch Vandalismus und das frühzeitige Bespielen des noch nicht fertiggestellten Spielplatzes. Er möchte wissen, ob es sich dabei um Straftaten gehandelt habe, die zur Anzeige gebracht wurden.

Herr Hoyer erklärt, dass die Anlage aufgrund ihrer Attraktivität Kinder angezogen habe, obwohl das Gelände mit einem Bauzaun abgesperrt gewesen sei. Kinder hätten sich dennoch Zugang verschafft und dabei die hergestellten Rasenflächen beschädigt. Diese Schäden hätten nachgebessert werden müssen. Zudem seien Pflanzungen aus den Pflanzbeeten herausgerissen worden.

Herr Hoyer merkt an, dass der Schaden durch Vandalismus relativ gering gewesen sei, da die Verursacher identifiziert und von ihren Eltern zu freiwilligen Arbeiten verpflichtet worden seien.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Der Vorsitzende dankt dem Ortsvorsteher von Mörsbach ausdrücklich für dessen schnelle Reaktion, durch die die Verursacher innerhalb von 15 Minuten ermittelt werden konnten. Er hebt hervor, dass die ergriffenen Maßnahmen auch eine erzieherische Wirkung gehabt hätten. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung schlägt dem Stadtrat vor, der Auftragserhöhung von **133.122,68 €** um **23.533,47 €** auf **156.656,15 €** für Garten- und Landschaftsbauarbeiten der **Fa. Michael Meier** am Kinderspielfeld „Im Hanfgarten“, Zweibrücken-Mörsbach zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befanden sich Ratsmitglied Keuchel J., AfD, und Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

30

51

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 9: **Sanierung der Turnhalle Mannlich-Realschule plus in**
(öffentlich) **Zweibrücken; Auftragserweiterung Belagsarbeiten**
 Außensportplatz
 Vorlage: 60/3662/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der **Fa. Neusport GmbH**, Eimter Str. 60 aus 32049 Herford wird von **70.207,80 € (brutto)** um **10.829,00 € (brutto)** auf **81.036,80 € (brutto)** erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befanden sich Ratsmitglied Keuchel J., AfD, und Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

40

60

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 10: **(öffentlich)**

**Auftragserhöhung zum Auftrag: Installation einer neuen
Schließanlage in den Feuerwehrhäusern
Vorlage: 60/3658/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag zur Lieferung und Installation der elektronischen Schließanlage wird um
1.360,82 € auf **79.653,38 €** erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befand sich Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

60

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 11: **(öffentlich)**

**Umbau und Erweiterung der Feuerwache sowie Neubau einer
Werkhalle; Auftragserweiterung von Dacharbeiten
Vorlage: 60/3661/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der **Fa. Anton Erbach GmbH**, Industriestr. 16 aus 66557 Illingen, wird von **260.303,71 € (brutto)** um **29.942,30 € (brutto)** auf **290.246,01 € (brutto)** erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befand sich Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:
60

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 12: **Umbau und Erweiterung der Feuerwache; Auftragserweiterung
(öffentlich)** **von Trockenbau- und Deckenarbeiten**
 Vorlage: 60/3663/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat e i n s t i m m i g folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der **Fa. A&V Bau Alban Bajraj**, Industriestraße 42 aus 66914 Waldmohr Illingen, wird von **116.619,98 € (brutto)** um **48.926,63 € (brutto)** auf **165.546,61 € (brutto)** erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt befand sich Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

60

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 13: **(öffentlich)**

**Beschaffung eines Abrollbehälters Atemschutz für die Freiwillige
Feuerwehr
Vorlage: 10/3651/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag zur Lieferung des Abrollbehälters Atemschutz wird der **Fa. Meindl
Fahrzeugbau GmbH**, Hildesheimer Str. 27, 31789 Hameln, zum Preis von **188.020 €** erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befand sich Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:
10

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 14: **Besetzung von Ausschüssen und Gremien** **(öffentlich)** **Vorlage: 10/3657/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Herr Christian Fusenig wird als Ausschussmitglied für die Lehrkräfte der Berufsbildenden Schule in den Schulträgerausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befand sich Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

10.2-Weber

10.2-Schatz

40

Akte Schulträgerausschuss

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 15: **(öffentlich)**

Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO Annahme von Spenden
Vorlage: 10/3642/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Annahme der folgenden Spenden und Sponsorenmittel wird zugestimmt:

1. Die LOTTO Rheinland-Pfalz GmbH, Ferdinand-Sauerbruch-Straße 2, 56073 Koblenz, spendet dem Kulturstadtrat einen Geldbetrag in Höhe von 10.000 € für das Festival Euroclassic. Der Betrag wird jeweils anteilig auf die fünf Partnergemeinden verteilt.
2. Die Stiftung der Sparkasse Südwestpfalz, Bahnhofstraße 21-29, 66953 Pirmasens, spendet dem Kulturstadtrat einen Geldbetrag in Höhe von 10.000 € für das Festival Euroclassic. Der Betrag wird jeweils anteilig auf die fünf Partnergemeinden verteilt.
3. Die Via Outlets Zweibrücken b.V., Londoner Bogen 10-90, 66482 Zweibrücken, spendet dem Kulturstadtrat einen Geldbetrag in Höhe von 30.000 € für das Festival Euroclassic. Der Betrag wird jeweils anteilig auf die fünf Partnergemeinden verteilt.
4. Die Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Gassstraße 1, 66482 Zweibrücken, spendet dem Schulverwaltungs- und Sportamt einen Geldbetrag in Höhe von 7.830,20 € für den Kauf von zwei Wasserspendern für die Grundschulen Albert-Schweitzer und Sechsmorgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung befand sich Ratsmitglied Schmidt A. nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

10.2
20
40
41

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 16: **(öffentlich)**

Einführung der Bezahlkarte auf Grundlage des AsylbLG; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion **Vorlage: 10/3599/2025/3**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an den Sozialdezernenten Herrn Gauf.

Herr Gauf erläutert, dass die Entscheidung zur Einführung der Bezahlkarte auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Abstimmung stehe. Er erinnert daran, dass die Sitzungsvorlage bereits in der Stadtratssitzung am 1. Oktober 2025 vorgelegt wurde, die Abstimmung jedoch auf die heutige Sitzung verschoben worden sei. Nach der letzten Ratssitzung seien die Antworten des Fachamts auf die Fragen der Fraktionen von SPD und Grünen übermittelt worden. Herr Gauf hebt hervor, dass die Sitzungsvorlage auf der Landeslösung basiere, die durch ein Vergabeverfahren des Landes Rheinland-Pfalz entwickelt wurde. Den Zuschlag habe die Firma Secupay AG erhalten, deren Bezahlkarte seit Anfang des Jahres in der Landesaufnahmeeinrichtung erprobt werde.

Nach Abschluss der Pilotphase stehe nun die Einführung im kommunalen Bereich an. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Land, vertreten durch den Präsidenten der ADD, liege vor. Das Fachamt befürworte die Einführung der Bezahlkarte, da diese eine migrationspolitische Steuerung ermögliche. Etwa 30 bis 40 Bedarfsgemeinschaften seien betroffen, insbesondere Leistungsberechtigte, die nicht arbeiten und keine Integrationsbemühungen zeigen. Der monatlich abhebbare Bargeldbetrag solle 130 Euro pro Person betragen, orientiert an der Regelempfehlung des Landes Rheinland-Pfalz. Die Kosten für die Bezahlkarten und Transaktionsgebühren trage das Land, während die Kommune den personellen Mehraufwand zu tragen habe. Eine konkrete Kostenschätzung sei jedoch noch nicht möglich. Herr Gauf betont, dass es sich um eine politische Entscheidung handle und die Antworten auf die Anfragen der Fraktionen vorlägen.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, äußert sich kritisch zur Einführung der Bezahlkarte und bezeichnet diese als unsinnig. Sie argumentiert, dass die Karte keine deutschlandweiten Probleme löse und die hypothetischen Vorteile, wie die Verhinderung von Zahlungen an Schleuser, nicht belegt seien. Sie betont, dass Geflüchtete Anspruch auf Leistungen hätten und frei über ihr Geld verfügen sollten. Zudem kritisiert sie die Stigmatisierung und Diskriminierung, die mit der Bezahlkarte einhergingen, und verweist auf den hohen Verwaltungsaufwand, der in anderen Kommunen festgestellt worden sei.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, beantragt, die Entscheidung zu verschieben, bis belastbare Daten zu Kosten, Nutzen und Erfahrungsberichten mehrerer Kommunen vorlägen.

Ratsmitglied Gries, SPD, fragt nach einer Einschätzung der Erfahrungen anderer Kommunen, insbesondere im Rahmen des Städtetags.

Der Vorsitzende berichtet, dass von zwölf kreisfreien Städten vier die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet hätten, wobei erst eine Stadt die Bezahlkarte bereits umgesetzt habe. Er erwähnt, dass die Einführung zunächst mit einem deutlichen Mehraufwand verbunden gewesen sei, dieser sich jedoch mit der Zeit reduziert habe.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Ratsmitglied Dahler, CDU, kritisiert die Vorwürfe von Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, und verweist darauf, dass die Bezahlkarte eine Wirkung zeige, wie etwa den Rückgang der Antragszahlen und die Zunahme von Ausreisen. Er betont, dass die Karte den grenzüberschreitenden Geldtransfer einschränke und einen verbesserten Kontrollmechanismus ermögliche, was das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken könne. Er weist darauf hin, dass Sanktionen für Personen, die weder arbeiten noch Integrationsmaßnahmen wahrnehmen, gerechtfertigt seien.

Ratsmitglied Oberle, FDP, erklärt, dass ihre Fraktion grundsätzlich offen für die Einführung der Bezahlkarte sei, jedoch die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf die Zahl der Betroffenen und die Kosten-Nutzen-Abwägung kritisch sehe. Sie kündigt an, gegen die Einführung zu stimmen.

Ratsmitglied Rimbrecht, SPD, weist darauf hin, dass lediglich 10 bis 15 Fälle von der Bezahlkarte betroffen seien und diese Personen ausreisepflichtig seien. Er kritisiert die Einführung der Bezahlkarte als Symbolpolitik und Geldverschwendung, da der Zusammenhang zwischen der Karte und dem Rückgang der Asylanträge nicht belegt sei.

Ratsmitglied Schmidt A. äußert sich ebenfalls kritisch und erklärt, dass die Auswirkungen und Kosten der Bezahlkarte unklar seien. Er kündigt an, gegen die Einführung zu stimmen.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, beantragt erneut die Vertagung der Entscheidung, bis belastbare Daten vorlägen mit folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	20
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Die Vertagung wurde somit abgelehnt.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der migrationspolitischen Zielsetzung und der verwaltungsökonomischen Rahmenbedingungen, die Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Rahmen der vom Land Rheinland-Pfalz bereitgestellten Lösung einzuführen.
2. Die Bezahlkarte soll für Personen eingesetzt werden, die weder einer Erwerbstätigkeit nachgehen noch erkennbare Integrationsbemühungen zeigen.
3. Hinsichtlich der Bargeldebegrenzung folgt die Verwaltung der Regelempfehlung des Landes Rheinland-Pfalz.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	16
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

Ordner Anträge

50

Punkt 17:
(öffentlich)

Einführung von Schulgesundheitsfachkräften an Zweibrücker Schulen; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 10/3656/2025

Der Vorsitzende leitet die Diskussion zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein, der die Einführung von Schulgesundheitsfachkräften an Zweibrücker Schulen vorsieht.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, erläutert den Antrag und führt ein Beispiel eines Mädchens mit der Schmetterlingskrankheit an, um die Notwendigkeit solcher Fachkräfte zu verdeutlichen. Sie erklärt, dass Schulgesundheitsfachkräfte nicht nur die medizinische Versorgung von chronisch kranken Kindern übernehmen, sondern auch präventive und psychosoziale Aufgaben erfüllen. Sie betont, dass diese Fachkräfte in anderen Bundesländern bereits erfolgreich im Einsatz seien und langfristig sowohl die Gesundheit der Kinder als auch die Kosten für das Gesundheitssystem positiv beeinflussen könnten. Ratsmitglied Dr. Igel hebt hervor, dass die Einführung solcher Fachkräfte Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit fördern würde.

Frau Rauch, Schuldezernentin, bestätigt, dass die Stadt Zweibrücken bereits Maßnahmen zur Unterstützung der Schulen ergriffen habe. Sie berichtet von Gesprächen mit Landesvertretern und der Teilnahme am „Start Chancen Programm“, das eine 100%ige Förderung für multiprofessionelle Teams an Schulen ermögliche. Sie erklärt, dass derzeit drei Zweibrücker Schulen – die Thomas-Mann-Schule, die Pestalozzi-Grundschule und die Herzog-Wolfgang-Realschule plus – in den Genuss dieser Förderung kommen. Der Fokus liege aktuell auf interkultureller Kommunikation und Schulsozialarbeit, da dies die priorisierten Bedarfe der Schulen seien. Frau Rauch kündigt an, das Thema Schulgesundheitsfachkräfte weiterhin mit den Schulleitungen und dem Land zu diskutieren.

Ratsmitglied Watson, FDP, betont die Wichtigkeit, alle relevanten Akteure in die Diskussion einzubeziehen, und schlägt vor, den Antrag im Schulträgersausschuss weiter zu behandeln.

Ratsmitglied Ecker, CDU, äußert sich positiv zu den bisherigen Maßnahmen und hebt hervor, dass die Schuldezernentin bereits in der Vergangenheit Engagement für die Schulgemeinschaften gezeigt habe. Sie unterstützt die Zielsetzung, Zweibrücken als Modellregion für Schulgesundheitsfachkräfte zu etablieren, und plädiert dafür, die Bedarfe der Schulen individuell zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Rimbrecht, SPD, lobt den Antrag der Grünen und hebt hervor, dass Lehrkräfte nicht befugt seien, medizinische Maßnahmen durchzuführen, was die Notwendigkeit von Schulgesundheitsfachkräften unterstreiche. Er weist darauf hin, dass das „Start Chancen Programm“ bereits in Rheinland-Pfalz etabliert sei und die Schulen nach einem Sozialindex ausgewählt würden.

Frau Rauch, Schuldezernentin, ergänzt, dass die Mittel aus dem Programm in drei Säulen aufgeteilt seien: Investitionen in die Lernumgebung, ein Chancenbudget und die Finanzierung von Personal. Sie erläutert, dass die Stadt Zweibrücken die Mittel bedarfsgerecht in Abstimmung mit den Schulen einsetze.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Ratsmitglied Ecker, CDU, stellt eine Rückfrage zur Befugnis der Schulgesundheitsfachkräfte, Medikamente zu verabreichen.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, erklärt, dass diese Fachkräfte einfache medizinische Maßnahmen wie Wundversorgung und die Verabreichung von Medikamenten, die von Eltern autorisiert wurden, durchführen könnten. Sie betont, dass dies in anderen Modellprojekten erfolgreich umgesetzt werde.

Der Vorsitzende erläutert, dass es nun um die Abstimmung zur Verweisung eines Antrags in den Schulträgerausschuss gehe mit folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	15
Enthaltung:	5

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder und der Vorsitzende teil.

Damit sei die Verweisung in den Schulträgerausschuss abgelehnt worden.

Ratsmitglied Dr. Igel, GRÜNE, erklärt, dass der Antrag vorsehe, sich als Modellregion beziehungsweise Modellstadt beim Koordinationszentrum zu bewerben. Ziel sei es, die Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften in den Schulen auf allen Ebenen zu fördern. Sie betont, dass dies bereits teilweise umgesetzt, jedoch noch kein offizieller Antrag gestellt worden sei.

Der Vorsitzende bestätigt, dass bisher lediglich telefonische Absprachen erfolgt seien, ein Antrag jedoch noch nicht eingereicht worden sei, da die entsprechende Förderung derzeit noch nicht verfügbar sei.

Frau Rauch, Schuldezernentin, ergänzt, dass die Förderungsrichtlinie voraussichtlich erst ab Ende 2025 oder Anfang 2026 zur Verfügung stehen werde.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Vorratsbeschluss zu fassen, der es der Stadt ermögliche, sich als Pilotkommune zu bewerben, falls die Förderung ausgeschrieben werde. Sollte dies nicht der Fall sein, entfalle der Antrag automatisch. Er fragt, ob es Einwände gegen diesen Beschlussvorschlag gebe.

Im Anschluss fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Zweibrücken wird sich als Modellregion beziehungsweise Modellstadt beim Koordinationszentrum bewerben, damit die Schulgesundheitsfachkräfte an Zweibrücker Grundschulen sowie weiterführenden Schulen eingeführt werden.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	2

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

Ordner Anträge

40

51

Punkt 18: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

Es sind folgende Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

1. Anfrage von Ratsmitglied Dr. Schüler

Neugestaltung der Kreuzung Hofenfelsstraße/Saarlandstraße

Ratsmitglied Dr. Schüler erläutert, dass seine Anfrage die Neugestaltung der Kreuzung Hofenfelsstraße/Saarlandstraße betrifft. Er hebt hervor, dass die vorgenommenen Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere für gehbehinderte Personen, grundsätzlich sehr begrüßenswert seien. Dennoch gebe es einige Kritikpunkte, die er ansprechen möchte. Er führt aus, dass die optische Signalisierung der Ampelanlagen nicht ausreichend deutlich sei. Ebenso sei das akustische Signal, das durch ein „Klack-Klack“-Geräusch gekennzeichnet ist, nicht klar genug wahrnehmbar. Darüber hinaus bemängelt er, dass die Zeitfenster für die Überquerung der Straße für gehbehinderte Personen zu kurz bemessen seien, um ein gefahrloses Überqueren zu gewährleisten.

Zusätzlich weist Ratsmitglied Dr. Schüler darauf hin, dass im Kreuzungsbereich ein früher vorhandener Zebrastreifen entfernt worden sei. Dieser habe eine zusätzliche und sehr geschätzte Sicherheitsmaßnahme dargestellt. Er fragt, ob die genannten Punkte geprüft und gegebenenfalls nachgebessert oder geändert werden könnten.

Antwort:

Der Vorsitzende bestätigt, dass die angesprochenen Punkte geprüft werden könnten. Er merkt jedoch an, dass das Ergebnis dieser Prüfung abzuwarten sei und erst dann festgestellt werden könne, ob und welche Maßnahmen erforderlich seien.

2. Anfrage von Ratsmitglied Ruf

Glasfaserausbau in Mörsbach

Ratsmitglied Ruf erkundigt sich nach dem Fortschritt beim Glasfaserausbau in Mörsbach. Er erinnert daran, dass bei der vorletzten Sitzung zugesichert worden sei, die offenen Bürgersteige provisorisch zu schließen, was bisher nicht geschehen sei. Er betont, dass der Winterdienst unter diesen Umständen nicht möglich sei, und fragt nach dem aktuellen Stand.

Antwort:

Herr Michels, Bauamt, ergänzt, dass in Gesprächen mit der Baufirma zugesichert worden sei, die offenen Stellen so zu schließen, dass der Winterdienst möglich sei.

3. Anfrage von Ratsmitglied Ruf

Mitteilung durch die UGG

Ratsmitglied Ruf berichtet, dass ein im Außenbereich liegender Hof in Mörsbach von der UGG die Mitteilung erhalten habe, nicht angeschlossen zu werden. Er fragt, ob dies auch für andere Außenhöfe in weiteren Ortsteilen gelte und ob die UGG berechtigt sei, einzelne Höfe vom Anschluss auszuschließen, da ursprünglich zugesichert worden sei, alle Höfe anzuschließen.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Antwort:

Der Vorsitzende stellt klar, dass kein Vertrag, sondern ein „Letter of Intent“ mit der UGG geschlossen worden sei, und erklärt, dass er die Angelegenheit prüfen müsse.

4. Anfrage von Ratsmitglied Lang

Kohlenhofstraße

Ratsmitglied Lang thematisiert den Zustand der Kohlenhofstraße, die bei Spaziergängern und Radfahrern beliebt sei. Er bemängelt, dass der Bereich seit einiger Zeit nicht mehr gepflegt werde und das Gras über einen halben Meter hochstehe.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass er die Anfrage schriftlich beantworten werde.

5. Anfrage von Ratsmitglied Lang

Zweibrücker Faschingsumzug

Ratsmitglied Lang spricht die Situation von Menschen mit Handicap beim Zweibrücker Faschingsumzug an. Er berichtet, dass Rollstuhlfahrer und ihre Begleitpersonen hinter der Ehrentribüne platziert worden seien, was ihnen eine schlechte Sicht und eingeschränkte Teilhabe ermöglicht habe. Er bittet darum, bei zukünftigen Veranstaltungen einen geeigneten Bereich für Menschen mit Handicap vor oder seitlich der Tribüne einzuplanen.

Antwort:

Der Vorsitzende bestätigt, dass dies bereits aufgefallen sei und entsprechende Maßnahmen geplant würden.

6. Anfrage von Ratsmitglied Bächle

Baustelle Kesselbachstraße

Ratsmitglied Bächle weist auf ein Verkehrsproblem hin, das durch die Baustelle an der Brücke der Kesselbachstraße verursacht werde. Er schildert, dass es zu erheblichen Verkehrsstaus komme und fragt, ob eine Anpassung der Ampelschaltung möglich sei, um den Verkehrsfluss zu verbessern.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Angelegenheit geprüft werde.

7. Anfrage von Ratsmitglied Watson

Platzgestaltung Ehrlichstraße

Ratsmitglied Watson stellt eine Frage zur Haushaltsplanung und verweist auf die für 2026 vorgesehene Baumaßnahme zur Platzgestaltung an der Ehrlichstraße, die mit 560.000 Euro veranschlagt sei. Sie berichtet, dass sie Herrn Klein dazu befragt habe, der erklärt habe, dass die Zuständigkeit im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ an das Bauamt und Herrn Michels übergeben worden sei. Sie fragt, ob die Maßnahme tatsächlich 2026 umgesetzt werde, da das Projekt „Soziale Stadt“ ursprünglich auf die Kanada-Siedlung beschränkt gewesen sei.

Antwort:

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Ehrlichstraße Teil des Projekts sei und die Planungen abgeschlossen seien. Herr Michels, Bauamt, ergänzt, dass die Submission bereits erfolgt sei und die Vergabe der Arbeiten am 26. November im Haupt- und Personalausschuss behandelt werde. Die Maßnahme solle so zeitnah wie möglich beginnen und werde mit 90 % bezuschusst, was die Umsetzung ermögliche.

Verteiler:

10.1.3-Krebs

10.3-Brunner

40

60

UBZ

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Punkt 19: **ggf. Fortsetzung der Haushaltsberatungen vom 11.11.2025**
(öffentlich)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

15. Sitzung des Stadtrates am 12.11.2025

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:54 Uhr.

Der Vorsitzende

Oberbürgermeister
Dr. Marold Wosnitza

Die Schriftführer

Christine Brunner

Cristina Schatz